

5. Die schottische Sicht auf den Brexit und die Europäische Union

UDO SEIWERT-FAUTI

Schottlands First Minister, die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon, verkündete am 24.6.2016 in der schottischen Hauptstadt Edinburgh vor dem Parlamentskorrespondentenkorps unmissverständlich: »Schottland wird sich auf gar keinen Fall gegen seinen erklärten Willen aus der EU herausziehen lassen. Schottland wird die Abstimmung der vergangenen Nacht zum Anlass nehmen, um einen eigenen Zukunftsweg zu suchen! Ein zweites Unabhängigkeitsreferendum ist höchst wahrscheinlich.« Während das gesamte United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland mit 51,9 Prozent für den Ausstieg aus der EU stimmte, gab Schottland auf die Referendumfrage »Should the United Kingdom remain a member of the European Union or leave the European Union?« eine ganz andere Antwort: 62 Prozent stimmten für den Verbleib und nur 38 Prozent gegen den Verbleib in der EU. In der schottischen Hauptstadt Edinburgh stimmten 74,4 Prozent Pro EU, in Glasgow, Schottlands größter Stadt, waren es 67 Prozent. Die endgültigen Abstimmungsergebnisse aller Landesteile des Vereinigten Königreiches zeigen, wie uneinig und gespalten in nur wenigen Stunden das United Kingdom in der EU-Mitgliedschaftsfrage geworden war.



Abb. 1 »Die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon am 26.2.2017 vor dem schottischen Parlament in Edinburgh«
© Jane Barlow, picture alliance, empics

■ Das Brexit-Votum – ein »Affront gegen schottische Interessen«

In Schottland wird das Wahlergebnis des Volksentscheids zum Ausstieg des UK aus der EU bis heute weitgehend als Affront gegen schottische Interessen wahrgenommen. Wieder einmal, so sagen viele Schotten, habe England »seine« Interessen durchgesetzt und alle anderen Teile des UK überstimmt. Die Schotten würden dadurch in eine Situation versetzt, die sie bis heute nicht akzeptieren könnten und wollten.

Wenige Tage nach dem Brexit-Votum unternahm Nicola Sturgeon dann den nächsten politischen Schritt. Er wurde in London und insbesondere in der britischen Regierung als Kampfansage wahrgenommen. Sie traf sich in Brüssel mit den EU-Spitzen: mit dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, dem damaligen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz sowie verschiedenen Abgeordnete aus den EU-freundlichen Fraktionen im Europäischen Parlament.

Vor Brüssels Medienvertretern erneuerte die schottische Regierungschefin ihre Botschaft an London und die EU: »Schottland hat pro EU gestimmt und ich möchte Europa und der EU deutlich zeigen, dass wir Schotten in der EU bleiben wollen.« Ihr Besuch wurde auf allen britischen TV Kanälen live verfolgt. Die Reaktion der Londoner Pro Ausstiegs-Medien (wie z.B. Daily Mail, Express, Telegraph) ließ demgemäß auch nicht lange auf sich warten. Der Tenor ihrer Berichte lautete: Schottland sei nach wie vor ein Teil des UK. Das

habe Schottlands Bevölkerung im Unabhängigkeitsreferendum 2014 schließlich so gewollt. Jetzt könne Schottland nicht so tun, als sei man nicht mehr UK-Mitglied. Schottland habe sich der britischen Mehrheitsmeinung und Volksabstimmung zu beugen und müsse als UK-Teil auch die EU verlassen.

Die schottische Haltung wird demgegenüber besonders deutlich, wenn man sich die aktuellen Wirtschaftsdaten ansieht. Im Dokument »Potential Implications of the UK Leaving the EU on Scotland's Long Run Economic Performance Scottish Government« – der schottischen Regierung vom August 2016 heißt es z.B.: ».... as a result, Scotland's exports to the EU are now worth more than £ 11.6 billion a year – 42Prozent of the country's international exports. EU membership also helps to facilitate some of Scotland's trade with the rest of the world through the trade agreements that the EU has secured. EU membership is also important for attracting inward investment into Scotland as it allows companies easy access to European markets. There are nearly 1,000 EU-owned companies in Scotland employing over 115,000 people. Scotland also secured more Foreign Direct Investment (FDI) projects than any part of the UK outside of London in 2015.«

■ Ein Blick auf die Geschichte des United Kingdom

Um die seit dem EU Referendum anhaltende Auseinandersetzung zwischen London und Schottland, der britischen Regierung in London und der schottischen Regierung in Edinburgh, zu verstehen, hilft ein Blick auf die Geschichte der beiden Länder bzw. Landesteile.

1707 wurde im »Act of Union« das schottische Parlament und das englische Parlament zusammengelegt. So entstand das heutige Unterhaus, englisch: »House of Commons«, in London. Es sollte als Parlament bis 1998 das alleinige Sagen für das gesamte UK haben.

Erst 1997 änderte sich das grundlegend. 1997 stand die Wiederwahl des in Edinburgh geborenen britischen Premierministers an. Tony Blair, Führer einer sozialdemokratischen Regierung (»Labour«) in London brauchte dringend die schottischen Stimmen, um wiedergewählt zu werden. Schottland galt damals als das Stammland der Labourparty.

Schottland wählte traditionell deutlich links. Die ehemalige Schiffbaustadt Glasgow galt sogar als Hochburg der linken Sozialdemokraten, der Sozialisten. Um diese Stimmen zu bekommen, versprach Toni Blair den Schotten ein eigenständiges schottisches Parlament. Es sollte in Zukunft alleine über all das, was in Schottland politisch zur Entscheidung anstand, ab- und bestimmen. Das Schlagwort dafür lautete »Devolution«, d.h. die Verlagerung der Macht aus London in die Regionen. So sollten auch in Belfast und Cardiff neue Regionalparlamente für Nord-Irland und für Wales entstehen. Das Londoner Unterhaus sollte zukünftig primär für England zuständig sein.

Das »Devolution-Referendum« vom 11. September 1997 zeigte Schottlands Wille deutlich auf. 74,29 Prozent stimmten für ein neues »Scottish Parliament« in Edinburgh, nur 25,71 Prozent waren dagegen. Alleine die Orkney- und Shetland Inseln sowie die schottische Grenzregion (zu England) Dumfries and Galloway stimmten gegen ein neues Parlament.

Neue schottische Identitätsentwicklung: Der Aufstieg der SNP

Das schottische Parlament hat in den 18 Jahren seines Bestehens rasch zu einer neuen Identität Schottlands und der schottischen Bevölkerung beigetragen. Mittlerweile werden an die 70 Prozent der Schottland betreffenden Entscheidungen völkerrechtlich verbindlich in Edinburgh getroffen. Die britische Regierung und das Londoner Parlament haben darauf fast keinen Einfluss mehr. Für die schottische Bevölkerung sitzt »ihr« Parlament in Edinburgh. Das hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die innerbritische Politik, denn Schottlands Politiklandschaft hatte sich zudem seit 2007 komplett gewandelt.

Aus dem ehemaligen »Scottish Labour Land« wurde mittlerweile ein »Scottish National Party (SNP)-Land«.

Bei der Eröffnung des Scottish Parliaments im Mai 1999 hatte die sozialdemokratisch und Pro-Europa ausgerichtete SNP als zweitgrößte Fraktion 35 Abgeordnete. Die schottische Labourparty

Briten stimmen für EU-Ausstieg

So haben die britischen Wähler beim **Brexit-Referendum** am 23.6. gestimmt:

So haben die Wähler in den **382 Wahlkreisen** mehrheitlich gestimmt:

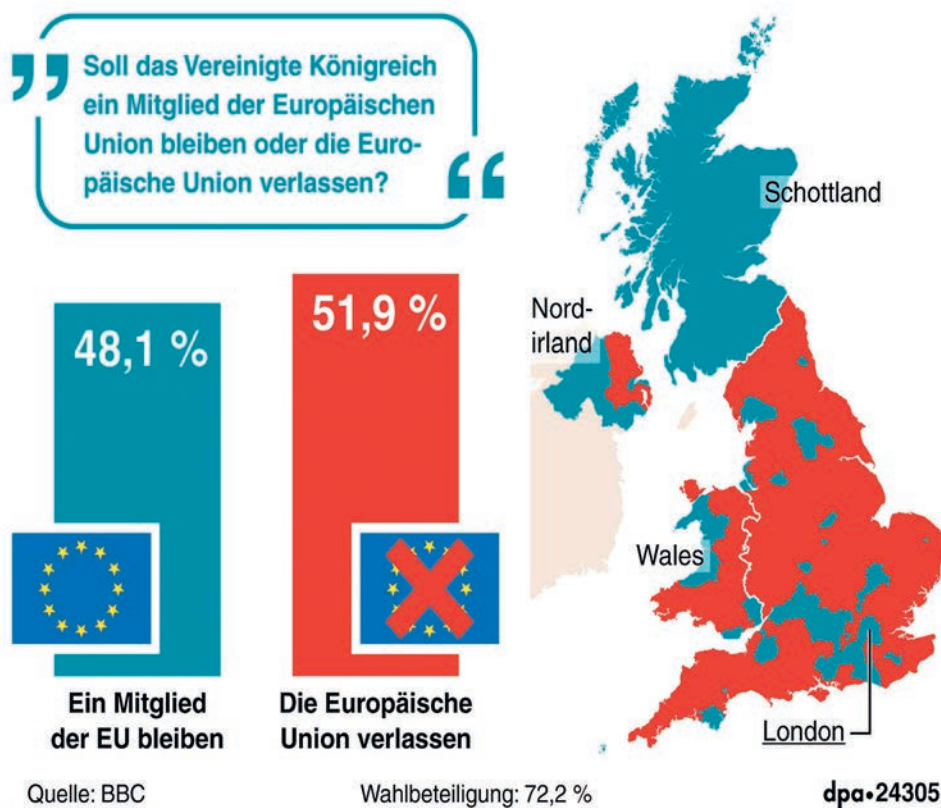


Abb. 2 »Brexit-Volksabstimmung im Vereinigten Königreich von Großbritannien«, 23.6.2016

© dpa-Infografik

stellte die Regierung mit der absoluten Mehrheit der Sitze. Mit der Wahl 2007 begann dann aber der Aufstieg der SNP bis zur heute nahezu unangefochtenen Regierungspartei. Unter Führung von Parteichef Alex Salmond erreichte die SNP 47 Sitze. Die bis dahin allein oder in einer Koalition mit den Liberaldemokraten regierende Scottish Labour Party kam nur noch auf 46 Sitze. Zum ersten Mal in der Geschichte Schottlands stellte die (gleichfalls sozialdemokratische) schottische Nationalpartei die Regierung, d. h. First Minister Alex Salmond führte eine SNP-Minderheitsregierung an.

Vier Jahre später geschah dann das bis dahin kaum Fassbare: Die SNP gewann 49 Sitze bei den Wahlen, die Scottish Labour fiel auf 37 Sitze zurück und musste erstmals in Schottland eine SNP-Regierung mit absoluter Mehrheit akzeptieren. Dieses Ergebnis wurde im September 2016 erneut nahezu bestätigt. Die SNP unter ihrer neuen Partei – und Regierungschefin Nicola Sturgeon kam auf 62 Sitze, Labour schaffte es nur noch auf 29 Sitze, hinter den neu erstarkten Konservativen mit 31 Sitzen.

Unabhängigkeitsreferendum Schottlands

England und die EU hatten die Parlamentswahlen in Schottland 2016 ganz besonders genau verfolgt. Der Grund: Im September 2014 hatte in Schottland ein von vielen lang erhofftes Unabhängigkeitsreferendum in Schottland stattgefunden. Hierbei war die SNP als Verfechterin der schottischen Unabhängigkeit jedoch deutlich unterlegen. 55,3 Prozent der schottischen Wähler stimmten gegen die Empfehlung der Regierungspartei SNP, Schottland solle unabhängig werden. Nur 44,7 Prozent stimmten für die Un-

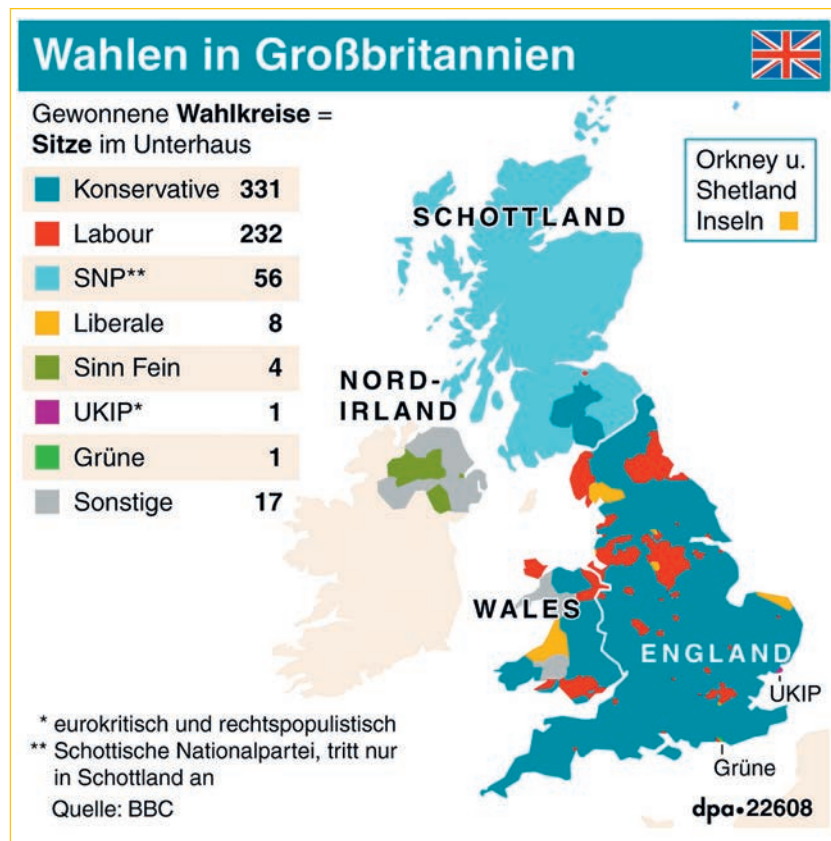


Abb. 3 »Unterhauswahlen in Großbritannien vom 8.5.2015«

© dpa-Infografik

abhängigkeit, in Zahlen: etwas über 2 Mio. Schotten stimmten für die Union, dagegen 1,617 Millionen Schotten für die Unabhängigkeit.

Anhaltende Spannungen

Das »Indy Ref«, wie es im schottischen Sprachgebrauch heißt, hat das UK, wie viele Beobachter beschreiben, trotzdem eher geteilt als vereint. Schottland und England, so scheint es, haben sich seit 2014 offensichtlich auf zwei sehr unterschiedliche Zukunftswege begeben.

Die Wahlen zum britischen Unterhaus im September 2015 belegten das eindeutig. Nachdem die SNP in Schottland bereits unangefochten mit deutlicher Mehrheit regierte, wurde Nicola Sturgeon, die neue SNP-Gallionsfigur auch in ganz Großbritannien zum Medienstar. Viele Engländer und Schotten stellten fest, sie spreche die Sprache der »normalen« Leute und ginge auf ihre Sorgen und Nöte ein.

Das Wahlergebnis der Unterhauswahl zeigt unübersehbar die Sturgeon-Auswirkungen: Von 59 in Schottland zur Verfügung stehenden Parlamentssitzen eroberte die Scottish National Party 56 Sitze, ein Plus von 50 Sitzen. Scottish Labour, schottische Liberaldemokraten und schottische Konservative erreichten in Schottland jeweils gerade noch einen Sitz.

»Rule Britannia, Britannia rules the wave«, Thomas Augustine Arne, 1710–1778

Am Freitag, dem 24. Juni 2016, trat um 8.15 Uhr Premierminister David Cameron vor seinem Amtssitz in der Londoner Downing Street vor die Kameras und verkündete, dass er zurücktreten werde. David Cameron hatte das EU-Referendum am 23. Juni 2016 initiiert, auch um seine rechtskonservativen EU-ausstiegswilligen Parteikollegen der konservativen Partei im Unterhaus zu beru-

higen, sich für den Verbleib des UK in der EU ausgesprochen und insgesamt verheerend verloren. Nach siebenmonatigem Zögern verkündete seine Nachfolgerin, Theresa May nun zu Beginn des Jahres 2017 den sogenannten »harten Brexit«: Inzwischen hat auch das Parlament des UK, das Londoner Unterhaus, beschlossen, den Briten nicht nur das Verlassen der Europäischen Union, sondern auch des Binnenmarkts und der Zollunion zuzumuten. Eine Teil-Integration, etwa ein Verbleiben im EU-Binnenmarkt wie z.B. beim Modell Norwegens, oder eine Zollunion, wie sie die Türkei praktiziert, lehnt die britische Regierung nach wie vor kategorisch ab. Damit will sie die volle nationale Souveränität zurückverlangen, die Einwanderung aus EU-Staaten begrenzen sowie Gesetze unabhängig von EU-Entscheidungen und Europäischem Gerichtshof verabschieden. May strebt zudem an, eigene Freihandelsabkommen mit Drittstaaten auszuhandeln, nicht zuletzt mit den USA unter ihrem neuen Präsidenten, dem Brexit-Befürworter Donald Trump. Auch die Beziehungen zur EU, weiterhin Großbritanniens wichtigster Handelspartner, will May nur über ein weitreichendes Freihandelsabkommen regeln, das sie noch während der Austrittsverhandlungen innerhalb der nächsten zwei Jahre abschließen will.

Schottlands Parlament reagiert darauf sehr eindeutig. Mit 90 zu 36 Stimmen stimmte es am 7.2.2017 für den Verbleib in der EU und im europäischen Wirtschaftsraum.

Die Abstimmung hat zwar keinerlei rechtliche Bindung für die britische Regierung, aber sie zeigt, dass Liberaldemokraten, Sozialdemokraten (Scottish Labour), Grüne wie auch die sozialdemokratische Scottish National Party unerwartet gemeinsam stimmen, wenn es um Schottland geht. Alleine die schottischen Konservativen stimmten für Mrs. May und ihre Austrittspläne, die am 9.2.2017 vom Londoner Unterhaus schließlich mit großer Mehrheit abgesegnet wurden.

Diese prinzipielle Unnachgiebigkeit Mays und ihr immer klarerer Kurs Richtung komplette Abkoppelung Großbritanniens von der EU haben Nicola Sturgeon in eine schwierige Lage gebracht. Sollte London nicht noch einlenken, bliebe ihr kaum etwas anderes übrig, als tatsächlich ein zweites Unabhängigkeitsreferendum zu verlangen. Sturgeon selbst hatte versichert, dass sie nicht »bluffe«, wenn es um die Zukunft Schottlands gehe. Schon wird über ein neues Unabhängigkeitsreferendum spekuliert. Voraussetzung dafür wäre, dass sich London mit einem erneuten Urnengang einverstanden erklären würde. Denn rechtskräftig kann eine schottische Volksbefragung nur sein, wenn die Zentralregierung grünes Licht dafür gibt. Dass die Regierung May ein solches Schottlandreferendum ansetzen müsste, sobald das schottische Parlament sie mit Mehrheitsbeschluss dazu aufforderte – daran zweifeln nicht mal die schottischen Konservativen und die schottische Labour Party. Beide Gruppierungen sind leidenschaftliche Gegner einer Abspaltung Schottlands von England. Ein Schottlandreferendum zu blockieren wäre für London extrem gefährlich.

Beharrliche Zweifel am Sinn der Unabhängigkeit Schottlands bestehen aber auch bei vielen Schotten. Zum Beispiel fragen sich viele, wenn sie an die Haushaltsprobleme ihres Landes und an die Krise der Ölindustrie in der Nordsee denken, ob ein eigener schottischer Staat tatsächlich auf soliden Beinen stehen würde – oder ob sie doch besser aufgehoben wären im Vereinigten Königreich. Auch die Vorstellung, dass zwischen einem in der EU verbleibenden Schottland und einem irgendwann nicht mehr zur EU gehörenden England plötzlich Zollschränken errichtet werden

müssten, ist vielen nicht geheuer. Die Turbulenzen, die das Brexit-Drama auslöste, haben zu genereller Verunsicherung geführt. (Nonnenmacher 2017)

Das Votum der britischen Wähler im ganzen UK spiegelt den allgemeinen Krisenzustand in der EU und ihrer Mitgliedstaaten wider. In den Ergebnissen der Wähleranalyse wiederholt sich das Muster, das auch anderorts in Europa, z. B. zuletzt bei der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten und ebenso bei den letzten Landtagswahlen in Deutschland zeigte. Dem populistischen Lager, hier vor allem der UKIP, scheint es gelungen, Teile der Nichtwähler zu mobilisieren. Diese rekrutieren sich überwiegend aus den Randgruppen der Bevölkerung, die sich »abgehängt« fühlen. Dies sind insbesondere die ärmeren, sozial benachteiligten und schlechter ausgebildeten Schichten, die insbesondere in England für den Exit gestimmt haben. Nicht nur das gegensätzliche Wahlverhalten auf dem Land und in den Städten, auch die geografische Verteilung der Exit-Stimmen, also die Häufung dieser Stimmen in den englischen Midlands und in Teilen von Wales – unter anderem in den verwüsteten Industrielandschaften, die wirtschaftlich nicht wieder auf die Beine gekommen sind –, sprechen für die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Brexits. Die Wahrnehmung der drastisch gewachsenen sozialen Ungleichheit und das Gefühl der Ohnmacht, dass die eigenen Interessen auf der politischen Ebene nicht mehr repräsentiert werden, schaffen den Motivationshintergrund für die Mobilisierung gegen Fremde, die Abkehr von Europa, den Hass auf Brüssel. Fraglich ist, ob die Partei der Konservativen im UK, die Tories, die Hoffnungen dieser Wählergruppen befriedigen kann und will.

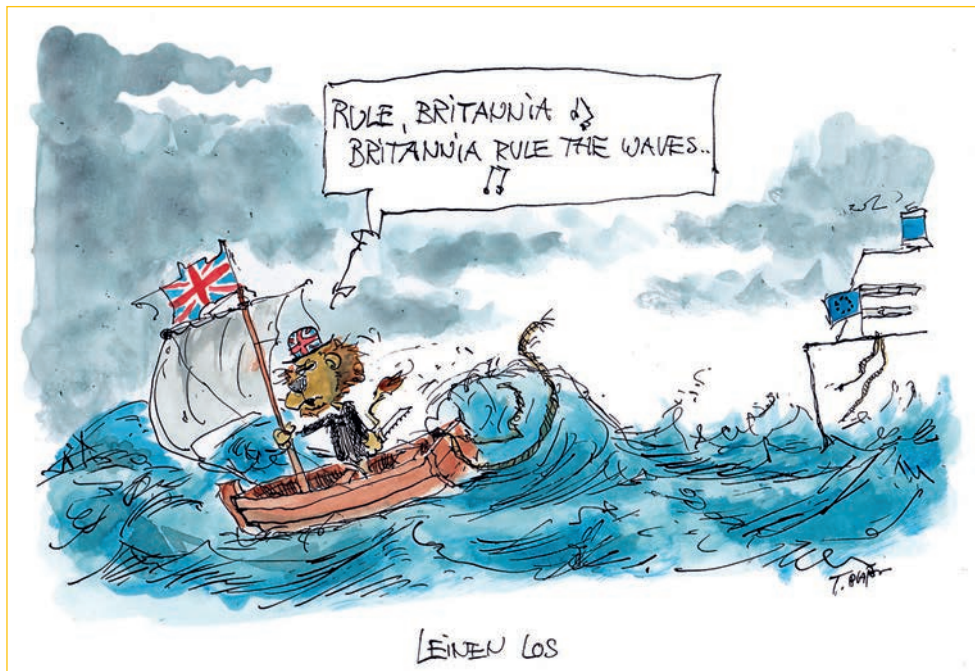


Abb. 5 »Rule Britannia! Leinen los!«

© Thomas Platzmann, 2016

In Schottland führte diese Bewegung demgegenüber eher zum Aufstieg der stark sozialdemokratisch orientierten Scottish National Party, die von Anfang an gegen die liberale Wirtschaftspolitik der Tories seit Margarete Thatcher aufgestellt war. So überlagern sich regionale, soziale und politische Probleme im UK derart, dass an weitergehende Prognosen nur schwer zu denken ist.

Literaturhinweise

Macwhirter, Ian (2016): Tsunami. Scotland's Democratic Revolution. Freight Books Glasgow

McLeish, Henry (2016): Rethinking our Politics- The political and constitutional future of Scotland and the UK, Luath Press, Edinburgh

Munro, Colin A. (2017): Die Folgen des Brexit und die EU, in Politikum 1/2017, S. 24–33, Wochenschau-Verlag

Nonnenmacher, Peter (2017): Schotten wollen der EU die Treue halten, StZ, 10.2.2017, S. 6

Schweiger, Christian (2017): Der Brexit und wie es dazu kam, in: Politikum 1/2017, S. 14–23, Wochenschau-Verlag

Internethinweise

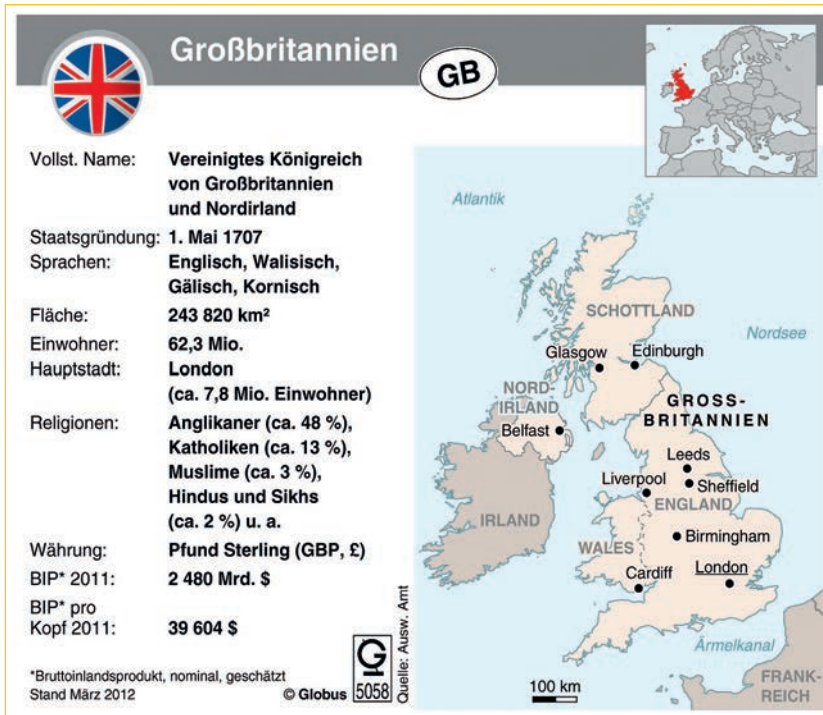
Theresa May: Brexit means Brexit- Rede www.independent.co.uk/news/uk/politics/theresa-may-brexit-means-brexit-conservative-leadership-no-attempt-remain-inside-eu-leave-europe-a7130596.html

Nicola Sturgeons Rede vom 24. Juni 2016: www.youtube.com/watch?v=1moPW7b9mHI



Abb. 4 »Gespaltene Persönlichkeit? Ist das was Ernstes?«

© Gerhard Mester, 2016



M 1 Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland

© dpa-Infografik, 2012

MATERIALIEN

- M 2 **einestages (Spiegelonline) (2016): »Archaische Angst des kleinen Bruders«**, Interview mit Prof. Dr. Helmut Weber, Fellow am Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität zu Berlin.

Eine »Union mit weniger gegenseitiger Zuneigung« habe es noch nie gegeben, kommentierte Robinson-Crusoe-Autor Daniel Defoe, der Anfang des 18. Jahrhunderts als englischer Spion in Schottland den Aufruf miterlebte. Und trotzdem: 1707 vereinigten sich England und Schottland in den »Acts of Union«. Das Königreich Schottland ging in einem wirtschaftlich prosperierenden Staat auf – und verlor im Gegenzug einen Großteil seiner Eigenständigkeit, um die es jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte. Von Anfang an, so scheint es, stand die Liaison beider Länder unter einem schlechten Stern. Wie viel alter Frust ist es, der nun den aktuellen Erfolg der schottischen Separatisten befeuert? Und wo liegen die historischen Wurzeln für die Abneigung der Schotten gegenüber den Engländern? einestages sprach mit dem Großbritannien-Experten Helmut Weber über den Ursprung alter Aversionen – und die historischen Wurzeln des schottischen Nationalismus.

einestages: Welcher englische Witz über die Schotten trifft die Kaledonier derzeit am härtesten?

Weber: »Sean Connery hat gesagt er kehrt von den Ba-

hamas zurück, wenn Schottland unabhängig wird. Er muss sich ja jetzt vor Angst in die Hosen machen.«

einestages: Und die schottische Witz-Retourkutsche auf diese Gemeinheit?

Weber: »Die britische Regierung warnt davor, dass ein unabhängiges Schottland bald der dritten Welt angehören wird. Die schottische Antwort lautet: Schon möglich. Aber ob es wirklich so viel besser wird?«

einestages: Warum können die Schotten die Engländer eigentlich nicht ausstehen?

Weber: In der Summe haben die Menschen im Land gar nichts gegen die Engländer – die Aversion richtet sich eher gegen die Zentrale London. Die Schotten treibt die archaische Angst des kleinen Bruders um, zu kurz zu kommen, ungerecht behandelt, immer wieder benachteiligt zu werden. Es herrscht ein uraltes, weit verbreitetes Gefühl, von dem großen Nachbarn im Süden über den Tisch gezogen worden zu sein.

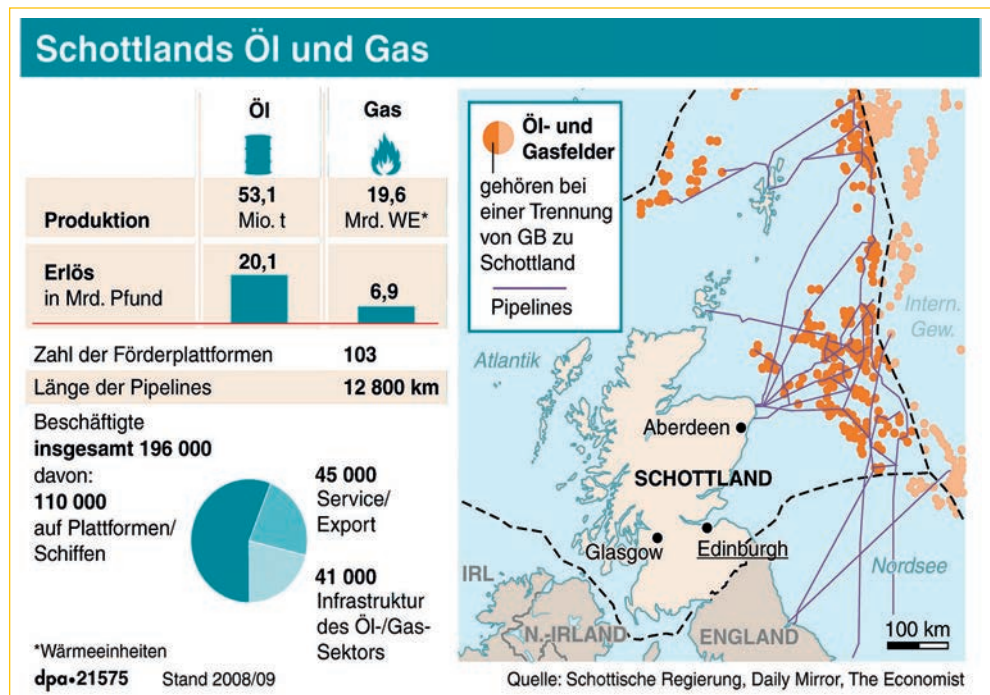
einestages: Wann genau begann das schottisch-englische Schlamassel?

Weber: Probleme gab es von Anfang an, seit der Nationenwerdung beider Länder. England war immer die größere, stärkere Macht, Schottland das kleinere und ärmere Land, das sich verteidigen musste. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen

um das Jahr 1300: mit dem Versuch des englischen König Edwards, sich Schottland ebenso einzuverleiben, wie das mit Wales gelungen war. Der Film »Braveheart« thematisiert diesen blutigen Konflikt.

einestages: Das Schlachtenepos von 1995 mit Mel Gibson bestärkte viele Kaledonier in ihrem Groll auf England. Es befeuerte den schottischen Nationalismus ...

Weber: ... und hat den Drang nach Unabhängigkeit emotional aufgeladen. Jahrhundertlang kämpften die Schotten um ihre Eigenständigkeit, die angloschottischen Kriege waren ein permanentes »on and off«.



M 3 Schottlands Öl und Gas-Vorkommen

© dpa-Infografik, 2009

einestages: Trotzdem opferten die Schotten im Jahr 1707 ihre Autonomie und gingen mit England zusammen. Warum taten sie sich das überhaupt an?

Weber: Die Schotten waren militärisch schwach – und ökonomisch am Boden. Das schottische Kolonialabenteuer in Panama war gründlich gescheitert, die Elite des Landes hatte fast ihr gesamtes Vermögen verloren. Die Engländer nutzten diese Schwäche, dieses kleine Zeitfenster, geschickt aus, um das schottische Königreich an sich zu binden.

einestages: Das einfache Volk wollte die Union mit England um jeden Preis verhindern ...

Weber: ... doch die Adeligen setzten sich durch: London versprach im Unionsvertrag, die finanziellen Verluste des Panama-Desasters auszugleichen. Und für die schottische Wirtschaft öffnete sich ein gewaltiger Markt. Das kleine Land profitierte von der globalen Wirtschaftsmacht des Nachbarn.

einestages: Das ganze gleicht einer Vernunftfehle ungleich starker Partner ...

Weber: ... in der es immer wieder kriselte. Nehmen Sie etwa die Schlacht bei Culloden 1746: Drastisch unterwarfen die Engländer die überwiegend schottischen Aufständischen, verboten Kilt und Dudelsack: ein bis heute nicht verwundenes nationales Trauma, das natürlich Ressentiments schürt.

einestages: In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfuhr der schottische Nationalismus einen großen Aufschwung. Was hat die Separatisten so stark gemacht?

Weber: Eine zentrale Rolle spielen die gewaltigen Erdölfunde vor der schottischen Küste Ende der Sechzigerjahre. Plötzlich fühlten sich die Schotten stark – und finanziell in der Lage, allein klarzukommen.

einestages: Etwa zeitgleich kam Margaret Thatcher an die Macht, für viele schottische Nationalisten bis heute die Inkarnation des Bösen. Warum?

Weber: Die Politik Thatchers war eine Politik der Stärkung der Londoner City als internationaler Finanzplatz und der Ausrichtung oft an den Interessen der City, verbunden mit einer schonungslosen Deindustrialisierungspolitik. Bergwerke und Werften wurden stillgelegt, die Arbeitslosigkeit stieg. Das schürte den Groll der Schotten.

einestages: Dazu kommt ein religiös bedingter Unterschied beider Mentalitäten.

Weber: In Schottland herrscht traditionell der gemeinschaftsbezogene und in gewissem Sinne egalitäre Calvinismus vor – in England der eher individualistisch und hierarchisch geprägte anglikanische Protestantismus. Die Schotten ticken einfach anders.

einestages: Was stört die Schotten am anti-europäischen Kurs vieler Engländer?

Weber: Die Kaledonier sind traditionell viel stärker mit dem Kontinent verwoben: Es gab Zeiten in der Geschichte, da studierten Generationen schottischer angehender Schotten in im Ursprung ein genuin kontinentaleuropäisches – der englische Sonderweg ihnen eigentlich fremd. (...)

© www.spiegel.de/einestages/schottland-referendum-wurzeln-der-england-feindschaft-a-991717.html

Nein zur Unabhängigkeit



So stimmten die Schotten über einen souveränen schottischen Staat ab:

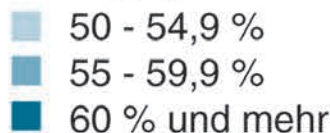
insgesamt:



Wahlbeteiligung:
84,6 %

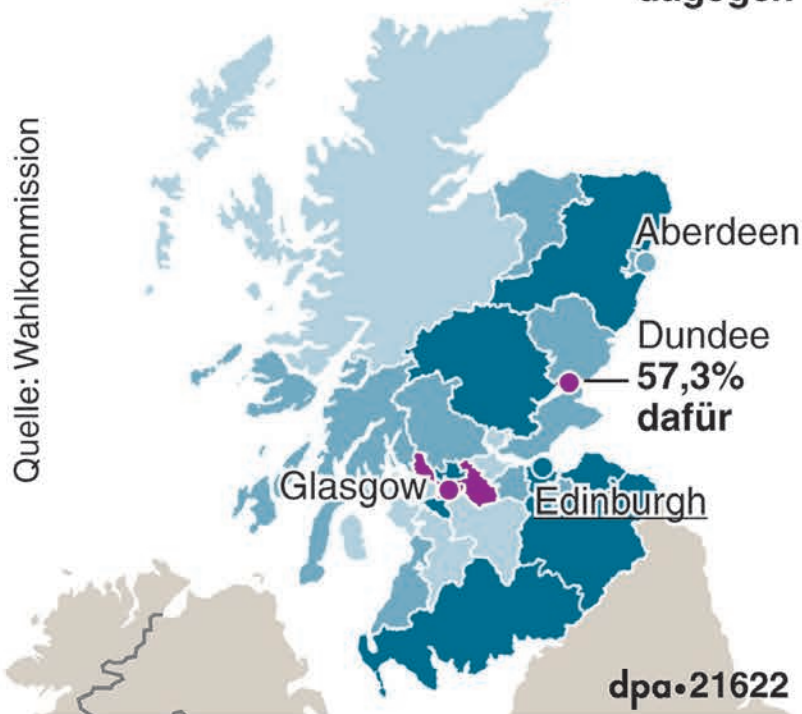
Mehrheit in den Regionen:

dagegen dafür



Orkney Inseln
67,1 %
dagegen

Quelle: Wahlkommission



dpa•21622

M 4 Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands vom UK am 19.9.2014

© dpa-Infografik, 2014

M 5 Arvid Kaiser: »Fünf Argumente für den Brexit. Diese Vorteile hat Großbritannien ohne die EU«, manager magazin, 21.6.2016

Die Brexiteers haben es schwer, als Stimme der Vernunft wahrgenommen zu werden. (...) Umfragen zeigen, dass die »Leave«-Position stark mit niedrigem Bildungsstand und der Leserschaft von Boulevardblättern wie »Express« oder »Sun« zusammenhängt. Wenn es um wirtschaftliche Fragen geht, ist das Verdikt noch deutlicher. Ein Aufruf von Ökonomen in der »Times«, für den Verbleib in der EU zu stimmen, fand fast 200 Unterzeichner. Die »Economists for Brexit« hingegen sind zu acht. Trotz dieses eindeutigen Votums: Es gibt sie, ökonomische Gründe für den nun beschlossenen Austritt – und zwar auch welche, die einem ersten kritischen Blick standhalten. (...)

1. Runter mit dem Pfund

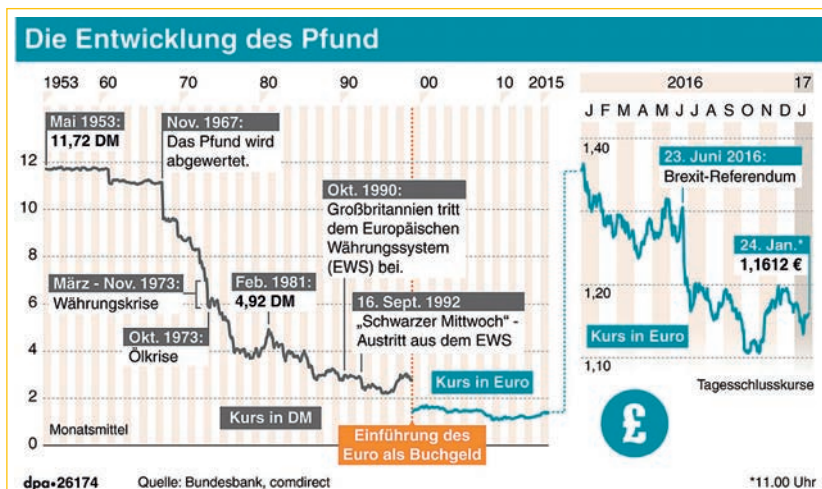
Der Finanzmarkt signalisiert eindeutig, dass Kapital aus einem von der EU losgelösten Britannien abfließen würde. Der Absturz von Pfund und Aktienmarkt nach dem Brexit-Votum spricht Bände. Eine drohende Währungskrise ist auch das zentrale Argument von Finanziers wie George Soros gegen den Brexit. Doch »für ein Land, das sich in eigener Währung verschuldet und ein übermäßiges Zahlungsbilanzdefizit hat, wäre das fallende Pfund eine gute Sache«, hält US-Ökonom Paul Krugman dagegen (der allerdings andere Gründe, die gegen den Brexit sprechen, für gewichtiger hält). Tatsächlich beruht die optimistische Prognose der »Economists for Brexit«, die im Gegensatz zu den Szenarien von Bank of England, London School of Economics oder Finanzministerium einen positiven Wachstumseffekt errechnet, auf einer Abwertung des Pfund – ein Wettbewerbsvorteil für britische Exporteure, auch wenn Vorleistungen aus dem Ausland teurer würden. Die Zahlungsbilanz wäre demnach immer noch negativ, aber nur noch leicht. Als Abwertungsstrategie könnte der Brexit so die darben- de Industrie auf der Insel wieder in Schwung bringen.

2. Kleinere City, ausgeglichene Metropole

Mit einem stärkeren Fokus auf das exportstarke produzierende Gewerbe könnte die britische Wirtschaft auch ihre Abhängigkeit vom Finanzsektor verringern – ein seit der Finanzkrise immer wieder vorgetragenes Anliegen, das bisher aber kaum untermauert wurde. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt immer noch sieben Prozent, doppelt so viel wie in Deutschland. Die Kombination aus billigem Pfund und dem Verlust der EU- »Passporting«-Rechte für Londoner Finanzdienstleister könnte den Trick allerdings schaffen. Als Programm gegen die Dominanz der Londoner City wollen die Brexiteers ihr Vorhaben freilich nicht verstanden wissen. Die wenigen Branchenvertreter, die wie Ex-HSBC-Chef Michael Geoghegan für den Ausstieg warben, sehen die Zukunft des Landes eher in einer Art größerem Hongkong, als deregulierter Fluchthafen für globales Kapital. Dennoch ist eindeutig, wie bedeutsam der privilegierte Zugang zum EU-Markt für London als führendem Standort für Finanzdienstleistungen ist. Wenn der fällt, dürfte die Fluchtbewegung andersherum verlaufen: Französische und andere Banker ziehen zurück auf den Kontinent. Mit ihnen würde London erhebliche Kaufkraft verlieren – aber auch eine Quelle für Verzerrungen, zum Beispiel am Immobilienmarkt, die in anderen Branchen derzeit die Dynamik bremsen.

3. Keine Rücksicht auf die Landwirte

Die Anti-EU-Kampagnen stellen die Union als Hindernis für freien Welthandel dar. Das Veto eines einzelnen der 27 Noch-Partnerstaaten könne ein Abkommen mit anderen Nationen blockieren:



M 6 Die Entwicklung des britischen Pfundes £ zum Euro

© dpa Infografik, Februar 2017

Frankreich stelle sich gegen den Deal mit Kanada quer, Deutschland gegen den mit Japan, Italien gegen den mit Australien. Relevante Handelsabkommen habe die EU nur mit Mexiko, Südkorea und Südafrika zustande gebracht. Die könne Großbritannien allein auch schnell abschließen – und sich außerdem mit den führenden Wirtschaftsnationen in Übersee einigen. Simon Wolfson, Chef der Bekleidungskette Next, würde mit China und Indien anfangen. Als Handelspartner sei der Rest der Welt längst wichtiger für die Briten als Europa. (...)

Ob mehr Handelsabkommen auch mehr Handel bringen, stellen die »Economists for Brexit« selbst infrage. In einem Punkt könnte sich Großbritannien aber deutlich von der EU abheben: »Das Vereinigte Königreich könnte sich von der Gemeinsamen Agrarpolitik lossagen, die durch Zölle und Subventionen den Nahrungspreis für britische Verbraucher hochtreibt«, heißt es beim EU-freundlichen Centre for European Reform. Das ginge zu Lasten auch britischer Landwirte, die aber vergleichsweise wenig Einfluss genießen. (...)

4. Mehr Einwanderung – nur nicht aus Europa

Während der Wahlkampf sich vor allem darum drehte, die Zuwanderung aus Osteuropa zu begrenzen, umwarben die Brexiteers Wähler aus der südasiatischen und karibischen Minderheit mit der gegenteiligen Botschaft: Großbritannien könne sich außerhalb der EU wieder für mehr Menschen aus den Commonwealth-Staaten öffnen. Da mag Sehnsucht nach dem ehemaligen Empire mitklingen. Für Unternehmer wie James Dyson ist aber genau das ein praktischer Grund, gegen die EU zu opponieren: Sie ist ihnen in der Migrationspolitik zu restriktiv. »Wir können keine ausländischen Ingenieure einstellen, wenn sie nicht aus der EU sind«, klagte Dyson dem »Telegraph«. Möglich sei das zwar schon, die Prozedur dauere aber viel zu lange. (...)

5. Eine stabilere EU hilft auch den Briten

Last not least ein etwas paradoxes Argument, das aber dennoch plausibel ist. Wenn der Nicht-Euro-Staat Großbritannien aus der EU verschwindet (...), könnte Rest-Europa stabiler werden – und damit auch den Briten helfen. Denn, da sind sich Pro- und Anti-Brexit-Ökonomen einig, in Europa hapert es im Moment vor allem an der wirtschaftlichen Perspektive, weil die Währungsunion nicht funktioniert. Nötig wäre dafür eine staatliche Grundlage, die wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleicht – was aber mit der nationalen Eigenständigkeit und den in der EU-28 nötigen Kompromissen nicht zu schaffen ist. (...)

© www.manager-magazin.de/politik/europa/brexit-die-vernunftigsten-wirtschaftsargumente-dafuer-a-1098273.html

Allmählich setzt bei vielen Briten, die für den EU-Austritt gestimmt haben, die große Ernüchterung ein. Das liegt daran, dass immer deutlicher wird, in was für einen Schlamassel sich das Land gebracht hat. Und wie sehr das Vereinigte Königreich zu einer geteilten Nation geworden ist. Nach dem Referendum ergibt sich folgendes Bild: Die Konservative Partei ist tief gespalten, die Labour-Partei völlig zerstritten, Schottland und Nordirland fühlen sich von England und Wales hingetrennt, nie war die Diskrepanz zwischen London und besonders dem Norden Englands größer. Die Jungen, die mit riesiger Mehrheit für den Verbleib gestimmt ha-

ben, sind sauer auf die Alten, die mehrheitlich gegen die EU sind, die gebildete, pro-europäische Mittelschicht und die Arbeiterklasse stehen einander mit Unverständnis gegenüber. Nigel Farage, Chef der EU-feindlichen UK-Independence Party, sagte, das sei der »Sieg der anständigen Leute« gewesen. Was soll das heißen? Dass es knapp der Hälfte der Briten an Anstand mangelt? Also jener Hälfte, die sich nicht von seinem Populismus hat einlullen lassen?

Die britische Gesellschaft war immer ein komplexes, vielfältiges Gebilde, und das Klassensystem ist niemals wirklich abgeschafft worden. Dennoch wohnte ihr eine große Kohärenz inne, was daran liegt, dass die britische Identität über Jahrhunderte gewachsen ist und sich durch ein ungebrochenes Verhältnis zur eigenen Geschichte auszeichnet. Nun fühlt es sich an, als sei auf der Insel der Streit aller gegen alle ausgebrochen, und es ist weit und breit niemand in Sicht, der als einende Kraft wirken könnte.

Besonders bemerkenswert ist, wie viele Briten sich für eine Kampagne empfänglich gezeigt haben, die zu einem Gutteil auf Halbwahrheiten, surrealen Versprechen, Ignoranz und dem Schüren von Angst vor Zuwanderung basierte. In den Tagen nach der Abstimmung haben viele Wähler ihre Gründe für die Ablehnung der EU genannt. Es seien zu viele Muslime im Land, es werde zu viel im Grüngürtel gebaut, man habe damit gerechnet, dass die eigene Stimme ohnehin nicht zähle.

Es war absurd und hatte in vielen Fällen mit der EU schlicht nichts zu tun. Nicht wenige Briten haben für den Austritt gestimmt, weil es ihnen in der Wahl zuvörderst darum ging, dagegen zu sein. Wogegen, war dabei weitgehend egal. Dass vor allem weniger gebildete, ältere und ärmere Briten dieses diffuse Dagegen geäußert haben, heißt nicht, dass man deren Sorgen und Ängste nicht ernst nehmen müsste. Die Wahl lässt sich auch lesen als Folge der Finanzkrise und der Eliten-Skepsis, die sich daraufhin entwickelt hat. Als Folge einer Sparpolitik der Tories, die dazu führte, dass sich viele Menschen im Land abgehängt fühlen. Als Folge der Tatsache, dass in der Londoner City Millionen verdient werden, während in Sunderland in manchen Familien mittlerweile die dritte Generation arbeitslos ist. Warum sollten diese Menschen den Eliten in London glauben, den Politikern und den Experten, wenn diese sagen, es sei essenziell, in der EU zu bleiben, weil sich sonst alles zum Schlechten wende? Viel schlechter geht es ja ohnehin nicht.



M 8 »Die nächste Flüchtlingskatastrophe ... «

© Klaus Stuttmann, 22.4.2016

Die wachsende Ungleichheit im Land war der Nährboden, auf dem die teils perfide Kampagne der EU-Gegner wachsen konnte. Die Labour-Partei, die sich traditionell der Arbeiter annimmt, hat in diesem Wahlkampf vollkommen versagt, weil sie es nicht schaffte, den Ressentiments und Lügen eine eigene, pro-europäische Erzählung entgegenzusetzen. Eine, in der es etwa auch um die Verdienste der EU für Arbeitnehmer hätte gehen können. Es ist Premierminister David Cameron, der durch die Ansetzung des Referendums für die aktuelle Lage verantwortlich ist. Aber es ist die Labour-Partei mit ihrem in der EU-Frage so halbherzigen Chef Jeremy Corbyn, die sich fragen muss, ob sie wirklich genug getan hat, um ihre einstigen Stammwähler zu erreichen.

Dennoch liegen aus pro-europäischer Sicht die Hoffnungen jetzt auf Labour. Wenn die Konservativen im Herbst einen neuen Vorsitzenden wählen, würde dieser wohl Neuwahlen anberaumen, damit seine Brexit-Regierung ein belastbares Mandat hätte. Sollte es Labour gelingen, den internen Streit rasch beizulegen, einen Vorsitzenden zu wählen, der eine glaubwürdige Alternative als Premierminister wäre – und das ist Jeremy Corbyn nicht –, und einen pro-europäischen Wahlkampf führte, hätte die Partei eine reelle Chance, die Abstimmung zu gewinnen.

Und wenn die Briten sich tatsächlich (...) mehrheitlich von den Tories abwendeten und eine pro-europäische Regierung wählten: Wäre das nicht gewissermaßen ein zweites Referendum, mit anderem Ausgang? Zugegeben, wahrscheinlich ist das nicht. Aber möglich ist es.

© Christian Zaschke: »Alle gegen alle«, Süddeutsche Zeitung vom 27.6.2016, S. 4



M 9 Theresa May: »Der ganz harte Brexit«

© Klaus Stuttmann, 16.1.2017

M 10 Marcus Theurer: »Grundsatzrede zum Brexit. May schafft klare Verhältnisse«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.1.2017

Die Brexit-Rede der britischen Premierministerin Theresa May bestätigt die Erwartungen: Großbritannien wählt den »harten« Brexit. Das Vereinigte Königreich soll die EU verlassen – ohne wenn und aber. Mit Mays Rede sind auch die letzten Spekulationen, dass die Briten den klaren Schnitt doch scheuen könnten, vom Tisch. Das Königreich wird nicht nur die EU verlassen, sondern auch den europäischen Binnenmarkt. Das Regelwerk der Europäischen Zollunion will May ebenfalls nicht akzeptieren, »riesige« Beiträge zum EU-Haushalt schließt sie für die Zukunft gleichfalls aus. Stattdessen strebt May ein »mutiges und ehrgeiziges« Freihandelsabkommen mit der EU an.

Die Regierungschefin in London schafft damit vor den schwierigen Austrittsverhandlungen klare Verhältnisse. Monatelang hat May herumlatiert und nicht explizit gesagt, dass sie bereit ist, den Zugang zum Binnenmarkt für mehr Kontrolle über Einwanderungspolitik zu opfern. Diese Hängepartie ist nun vorbei.

Der Vorteil für die bevorstehenden Austrittsverhandlungen, die im Frühjahr 2017 beginnen sollen: London und Brüssel werden keine wertvolle Verhandlungszeit darauf verwenden, in der brennenden Frage der Personenfreizügigkeit doch noch irgendwie die Quadratur des Kreises zu schaffen. Nach allem, was beide Seiten bisher zu diesem Thema gesagt haben, wäre dies ein weitgehend hoffnungsloses Unterfangen, das die Verhandlungsatmosphäre nur unnötig vergiftet hätte.

Klar ist allerdings auch: Seit Dienstag ist mit neuen Handelshürden zu rechnen, worunter beide Seiten leiden werden – die Briten aber voraussichtlich stärker. Die EU hat noch nie ein Freihandelsabkommen geschlossen, das dem Partner einen Handelszugang gewährt, der gleichwertig mit der Binnenmarkt-Zugehörigkeit ist. Die Verhandlungsaufgabe ist enorm. Dass ein umfassendes Freihandelsabkommen binnen zwei Jahren vereinbart und ratifiziert werden kann – wie von May angestrebt – halten Fachleute für unrealistisch. Die Verhandlungen bieten jede Menge Zündstoff für Streit und Zerwürfnisse.

Tatsächlich wird deshalb wohl eine Zwischenlösung notwendig werden. Sie sollte regeln, welche Handelsspielregeln für die Zeit nach 2019 gelten – wenn die Briten zwar voraussichtlich nicht

mehr in der EU sind, es aber wohl noch kein Freihandelsabkommen als Ersatz für die bisherige Mitgliedschaft Großbritanniens im Binnenmarkt gibt. Ohne einen solchen Puffer, der mehr Zeit für die Verhandlungen schafft, droht der Brexit im Chaos zu enden.

© www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit/grundsatzrede-zum-brexit-may-schafft-klare-verhaeltnisse-14678862.html

M 11 Die Welt/ N24 »Schottland rebelliert gegen Mays Brexit-Pläne«, 7.2.2017

Schottland untermauert seine Position im Streit mit London: In einer Abstimmung stellte sich eine überwältigende Mehrheit schottischer Parlamentarier gegen die Brexit-

Pläne von Theresa May. Das war ein deutliches Signal Richtung London: Das schottische Regionalparlament in Edinburgh hat sich gegen die Regierungspläne Großbritanniens gestellt, im März den Brexit in Brüssel zu beantragen.

Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ihr Vorwurf: Es seien bei den Brexit-Plänen von Theresa May noch zu viele Fragen offen. Eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten sah das offenbar ähnlich. 90 Parlamentarier stimmten für den Antrag. 34 stimmten dagegen. Es handelt sich zwar bloß um eine symbolische Abstimmung, da ein Votum des Regionalparlaments nicht bindend ist, aber die Botschaft, die hinter der Abstimmung steckt, sollte in London verstanden werden. (...) Denn die Brexit-Pläne der Briten haben auch eine Debatte über eine Unabhängigkeit Schottlands hochkochen lassen. Anders als Engländer und Waliser hatten sich die Schotten bei der Volksabstimmung über den Brexit im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit für den Verbleib in der EU ausgesprochen. Am Tag danach trat Regierungschefin Nicola Sturgeon vor die Presse und verkündete mit unverkennbar schottischem Zungenschlag, eine Abstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands sei nun »sehr wahrscheinlich«.

Das Problem: Auch acht Monate später gibt es laut Umfragen noch immer keine Mehrheit für eine Unabhängigkeit. Die Drohungen aus Schottland wurden entsprechend verhaltener. Im Jahr 2017 werde es kein neues Unabhängigkeitsreferendum geben, erklärte Sturgeon.

Stattdessen forderte die Regionalregierung Zugeständnisse, wie einen Sonderstatus für Schottland innerhalb Großbritanniens mit Verbleib im europäischen Binnenmarkt und weitere Kompetenzen. Die symbolische Abstimmung im Regionalparlament dürfte wohl den Zweck haben, den Druck auf London zu erhöhen.

© www.welt.de/politik/article161895578/Schottland-rebelliert-gegen-Mays-Brexit-Plaene.html

Die erste und nächstliegende Lösung, wie Schottland in der EU bleiben kann, wäre, sich von Großbritannien zu trennen, also die Unabhängigkeit. Schottland droht gegen seinen Willen aus der EU herausgezogen zu werden, das gilt als Legitimation für ein zweites Referendum, nachdem das erste 2014 verloren ging.

»Der einzige Weg, Schottland innerhalb eines europäischen Rahmens zu halten, ist die Unabhängigkeit, also ein zweites Referendum«, fordert der frühere schottische Regierungschef Alex Salmond. »Und diesmal würden wir den Volksentscheid gewinnen.«

Das ist aber nicht ganz so sicher. In einigen Monaten kann sich der Zorn der Schotten gelegt haben. Es würden wieder die alten Fragen diskutiert: ist ein Bruch mit Großbritannien nicht zu riskant? Die schottische Regierung will erst dann ein zweites Referendum herbeiführen, wenn sie sicher, ganz sicher weiß, es auch zu gewinnen. (...)

Außerdem muss das Parlament in Westminster einem zweiten Referendum zustimmen.

Dazu fehlt im Moment die Bereitschaft. Der für Schottland zuständige Minister David Mundell, ein Tory-Politiker: »Jetzt über ein neues Referendum zu diskutieren, ist überhaupt nicht hilfreich. Genau jetzt bemühen wir uns doch, für Stabilität zu sorgen. Aber das erste, was die Erste Ministerin jetzt erwähnt, bevor die Tinte unter dem Referendum überhaupt trocken ist, das ist die Unabhängigkeit.«

Ein Punkt scheint aber jetzt etwas einfacher zu sein: Schottlands Erste Ministerin Nicola Sturgeon stieß zwar bei ihrem Besuch in Brüssel vergangene Woche auf nicht allzu offene Arme, aber Frankreich und Spanien würden wohl im Fall einer Unabhängigkeit nichts mehr dagegen haben, mit Schottland über eine Wiederaufnahme in die EU zu verhandeln.

Die zweite Möglichkeit wäre die sogenannte »umgekehrte Grönland-Lösung«. Grönland gehört zu Dänemark, aber nicht mehr zur EU. Die umgekehrte Grönland-Lösung sieht so aus: Großbritannien geht aus der EU heraus, Schottland bleibt, ist also sowohl Teil der EU als auch Großbritanniens.



M 14 So könnte der Brexit ablaufen

© dpa Infografik, Juli 2016

Aber der Präzedenzfall passt wohl nicht ganz. Die Beziehungen zwischen Grönland und Dänemark sind viel lockerer als zwischen Schottland und Großbritannien. Gäbe es zwischen Schottland und England Grenzkontrollen? Wäre Schottland je nachdem im Binnenmarkt und England nicht? Brexit insgesamt verhindern? Also fährt Nicola Sturgeon als dritte Variante schwereres Geschütz auf: ein mögliches Veto gegen London.

»Es geht darum, ob das schottische Parlament einem Brexit-Gesetz im Unterhaus, das Schottland aus der EU würde, zustimmen muss. Logisch betrachtet kann ich kaum glauben, dass eine solche Zustimmung nicht notwendig sein soll. Das wird natürlich die britische Regierung völlig anders sehen.«

Nicola Sturgeon beruft sich auf den Scotland Act, das Gesetz, das Schottland zum Beispiel ein eigenes Parlament beschert hat. Darin gibt es eine Zustimmungsklausel – Schottland muss und darf über bestimmte Gesetze selbst entscheiden. Aber auch über den Brexit? Verfassungsrechtler haben erhebliche Zweifel. Westminster würde einen schottischen Einspruch einfach übergehen, das

Veto liefe ins Leere. (...) Blicke also eine vierte Möglichkeit: Schottland versucht, sich so intensiv wie möglich an den Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU einzubringen. Sehr wahrscheinlich wird London den Regionalregierungen in Wales, Schottland und Nordirland irgendeine Form der Beteiligung oder Konsultation an den Verhandlungen in Aussicht stellen. Schottland kann dann versuchen, eigene Interessen anzumelden und Sonderabsprachen mit der EU für sich zu treffen. Der frühere britische Außenminister William Hague warnt aber davor, dass Schottland das nutzen werde, um möglichst viel Sand ins Getriebe der Brexit-Verhandlungen zu streuen.

© www.deutschlandradiokultur.de/schottland-nach-dem-brexit-votum-in-der-eu-bleiben-aber-wie.979.de.html?dram:article_id=359281



M 13 »Nach dem Brexit: Wer entscheidet nun?«

© Gerhard Mester, 2016